

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Nationales Netzwerks Frauen und Gesundheit anlässlich der Bundestagswahl 2017



Wahlprüfstein 1: Einrichtung eines Bundesinstitutes Geschlecht und Gesundheit nach kanadischem Vorbild

Ist Ihre Partei bereit, exzellente geschlechtergerechte Forschung als Voraussetzung für geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und Prävention/Gesundheitsförderung – und damit zum Abbau geschlechtsbezogener Ungleichheiten in der Gesundheit – systematisch und nachhaltig zu fördern?

Forschung ist ohne geschlechterkritische Perspektiven lückenhaft. Das gilt für alle Forschungsfelder, gerade auch in Gesundheit und Medizin. Trotz ihres großen Erkenntnispotenzials gibt es dafür keine gesicherten Förderstrukturen. Wir setzen uns deshalb seit langem mit parlamentarischen Initiativen für eine Stärkung der Forschungsförderung für dieses Wissensgebiet ein, zuletzt im Antrag: „Wissenschaftsfreiheit fördern, Geschlechterforschung stärken, Gleichstellung in der Wissenschaft herstellen“ (Drs.: 18/11412).

Wie steht Ihre Partei zum Aufbau einer bundesweiten Struktur für Geschlechtergerechtigkeit in Gesundheitsversorgung und Prävention nach dem Vorbild des kanadischen Instituts Gender and Health?

Wir setzen uns für ein stärkeres Engagement des Bundes für geschlechtergerechte Forschung ein. Nachhaltigere Strukturen können dieses Ziel unterstützen. Ob ein solches Institut hierfür ein geeigneter Weg wäre, muss in der Gesamtschau auch der hierzu bereits bestehenden Institutionen an den Universitäten und Hochschulen der Länder überprüft werden.

Ist Ihre Partei bereit, sich im Falle ihrer Beteiligung an Koalitionsverhandlungen für den Aufbau eines Instituts Geschlecht und Gesundheit unter partizipativer Beteiligung aller relevanten gesellschaftlichen Akteure und Akteurinnen aus Politik, Wissenschaft, Gesundheitsversorgung und der Bevölkerung einzusetzen?

Auf Bundesebene setzen wir uns in dem o.g. Antrag auch dafür ein, dass in einem partizipativen Prozess ein eigenes Forschungsprogramm des Bundesforschungsministeriums für das Wissensgebiet der Geschlechterforschung erarbeitet wird. Selbstverständlich ist es sinnvoll, darüber hinaus weitere Förderformate auch in anderen Ressorts zu entwickeln. Uns ist es wichtig, nachhaltige Perspektiven und Strukturen für geschlechtergerechte Forschung zu etablieren.

Wahlprüfstein 2: Gesundheitliche Versorgung gewaltbetroffener Frauen

Wie will Ihre Partei die Defizite in der medizinischen und psychotherapeutischen Versorgung von gewaltbetroffenen Frauen beheben?

Wir wollen die psychotherapeutische Versorgung für von Gewalt betroffene Frauen verbessern und bestehende Lücken schließen. Hierzu setzen wir vor allem auf eine Reform der psychotherapeutischen Bedarfsplanung, um Wartezeiten zu verringern und allen einen schnellen Zugang zur psychotherapeutischen Versorgung zu ermöglichen. Wir sehen die Leitlinien der WHO „Umgang mit Gewalt in Paarbeziehungen und mit sexueller Gewalt gegen Frauen“ als geeignete Handreichung für die Gesundheitspolitik, wobei die spezifischen Besonderheiten des deutschen

Gesundheitswesens berücksichtigt werden müssen. Wichtig ist aus unserer Sicht, dass die Gesundheitsberufe entsprechend qualifiziert und sensibilisiert sind und dass im Gesundheitswesen genügend Informations- und Beratungsangebote für betroffene Frauen zur Verfügung stehen.

Wahlprüfstein 3: Prävention gewaltbedingter Gesundheitsbelastungen bei Frauen und Kindern

Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei erreichen, dass geeignete Präventionsstrategien gegen gewaltbedingte Gesundheitsbelastungen bei Frauen und Kindern auch unter derzeitigen Bedingungen des Präventionsgesetzes und der Bundesrahmenempfehlung anerkannt und förderungswürdig werden?

Die Bundesrahmenempfehlung nennt Gewaltprävention als wichtiges Ziel. Die GKV verweist zu recht auf die Verantwortung auch der öffentlichen Haushalte. Frauen mit Gewalterfahrungen leiden häufig unter psychischen Problemen. Hier muss aus unserer Sicht mehr getan werden, um die Versorgung dieser Frauen zu verbessern und einer Verschlimmerung der Erkrankungen vorzubeugen. Kinder gehören zu den schwächsten Mitgliedern unserer Gesellschaft. Ihr Aufwachsen muss bestmöglich unterstützt werden, sie sollen geschützt und ihre Rechte geachtet werden. Für einen gelingenden Kinderschutz ist eine gute Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure notwendig. Darüber hinaus setzen wir auf gute Bildungsangebote für Kinder, um sie stark zu machen und dort mit Präventionsangeboten zu erreichen, wo sie sich aufhalten.

Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass durch eine Weiterentwicklung des Präventionsgesetzes gesetzliche Maßnahmen zur Prävention gewaltbedingte Gesundheitsbelastungen bei Frauen und Kindern im Rahmen aufgenommen werden?

Wir sehen die Prävention gewaltbedingter Gesundheitsbelastungen als wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass diese Aufgabe aus Steuermitteln finanziert wird.